

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung
und Technikfolgenabschätzung

Ausschussdrucksache
20(18)211

18.02.2024

freier Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.
Wöhlerstr. 19 | D-10115 Berlin



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Kai Gehring
Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung
Deutscher Bundestag

Wöhlerstraße 19
D-10115 Berlin

Stellungnahme des freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V. für das Expert*innengespräch „BAföG und Studierendenbefragung“ am 21. Februar 2024 **16.02.24**

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner

Die soziale Lage der Studierenden in Deutschland

Studieren in Deutschland muss man sich wortwörtlich leisten können. Studierende sind mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert. Neben der nachgewiesenen schlechten psychischen Gesundheit (1) und einer Regelstudienzeit, die unter den derzeitigen Voraussetzungen für einen Teil der Studierende nicht erreichbar ist, ist es vor allem die finanzielle Situation, welche Studierende belastet. Wobei hier nicht verkannt werden soll, dass sich die Frage der Finanzierung mit den anderen Herausforderungen zu einer großen Belastung verwebt und sie sich gegenseitig verstärken. Hohe Mieten, steigende Lebenshaltungskosten, Arbeiten neben dem Vollzeitstudium und begrenzte oder fehlende finanzielle Unterstützung, all das ist nicht neu und dennoch hat sich die Lage der Studierenden im Schnitt nicht verbessert:

Bereits im Jahr 2020 zeigte eine Studie des Paritätischen Gesamtverbands auf, dass rund 30 % der Studierenden von Armut betroffen waren (2), das war allerdings vor Corona und vor der starken Inflation der letzten Jahre. Die Datenlage, wie sich die Krisen auf nicht-Akademiker-Kinder ausgewirkt hat ist spärlich, dennoch, wir kennen die Zahlen des sozialen Bildungstrichters (3) und des Migrations-Bildungstrichters (4) und müssen mit Bedauern immer wieder feststellen, dass Chancengerechtigkeit in der Bildung allgemein, aber auch an der Hochschule noch immer eine Utopie ist.

Strukturelle Probleme erfordern strukturelle Lösungen

Das deutsche Hochschulsystem stellt Mechanismen, um jungen Menschen die Ausbildungszeit zu erleichtern, beispielsweise das BAföG. Leider wird seit Jahren eine echte Reform dieser Sozialleistung verschleppt, der studentischen Armut wird nur wenig



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

entgegengesetzt. Unsere Kritik am aktuellen Gesetzesvorschlag ist in der Stellungnahme vom 18. Januar 2024 (5) nachzulesen, die Notwendigkeit einer Reform ergibt sich nicht zuletzt aus der gemeinsamen Stellungnahme mit der GEW zur aktuell noch laufenden „BAföG-Klage“ vor dem Bundesverfassungsgericht (6). Dennoch lässt sich kurz zusammenfassen, dass aus unserer Sicht dem Koalitionsvertragsziel einer großen strukturellen Reform nicht genüge getan wird. Die bereitgestellten Mittel sind deutlich zu niedrig, um die prekäre finanzielle Situation der Studierenden auszugleichen. Folglich sollen die Bedarfssätze nicht auf ein ausreichendes Niveau angehoben werden, auch bleibt eine Dynamisierung weiterhin aus.

Zudem wird der Darlehensanteil im BAföG durch die Anhebung der Höchstverschuldungsgrenze indirekt gestärkt, was gerade für Studierende aus Nicht-Akademiker*innenfamilien eine von der Aufnahme des Studiums abschreckende Wirkung hat – Grund ist die Verschuldungsangst.

Ein Hauptfaktor, der neben den allgemeinen Lebenshaltungskosten Studierende finanziell belastet ist das Wohnen. Zwar freuen wir uns über Programme, wie das Programm „Junges Wohnen“, dennoch sind wir der Meinung, dass dies nicht ausreichend ist, auch nachzulesen in unserer Stellungnahme vom 14. April 2023 (7). Eines unserer Hauptforderungen ist, dass es neben der Subjektförderung auch eine Objektförderung gibt, in der derzeitigen Situation wäre es dennoch fatal Studierenden mit den hohen Mietkosten allein zu lassen.

Zu welchem Preis das Kostensparen?

An vielen Stellen wird suggeriert, Studierende bräuchten nicht viel zum Leben, dabei wird vergessen, dass gerade Sie Kosten haben, die sich nicht durch sparsames Verhalten reduzieren lassen. Wie bereits erwähnt sind ein Hauptkostenpunkt die Wohnkosten, welche im Schnitt deutlich über der Wohnpauschale des BAföGs liegen, gerade an den großen Hochschulstandorten (8). Studierende können nicht überall hinziehen, da das Präsenzstudium an einen bestimmten Standort gebunden ist und Studiengänge nicht überall angeboten werden. Studienspezifische Ausgaben, wie Reisekosten für Pflichtexkursionen, Lehrmaterial oder unbezahlte Praktika fallen den Studierenden zusätzlich zur Last, wie auch die Kosten für die

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

Studierendenwerke, da Landesregierungen diese nicht ausreichend ausfinanzieren. Trotz dessen werden bei Sozialleistungen für Studierende geringere Kosten angesetzt, es ergibt sich nicht warum das BAföG unterhalb des Existenzminimums des Bürgergelds liegt und auch unterhalb der deutschen Armutsgrenze, obwohl doch das Vollzeitstudium mit Blick auf die aufzubringende Stundenzahl einem Vollzeitjob gleicht. Auch Argumente, dass viele Studierende Kindergeld kriegen sind hinfällig, da dies einen beachtlichen Teil nicht betrifft und das Kindergeld keine Sozialleistung ist, welche soziale Ungleichheit ausgleicht, schließlich erhalten alle Eltern, unabhängig des Vermögens, dies für ihr Kinder.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Studierende in Deutschland mit erheblichen finanziellen Belastungen konfrontiert sind, die sich negativ auf ihre Lebensqualität und ihre Bildungschancen auswirken. Im Kontrast zu den mangelnden Investitionen steht, dass von jungen Menschen und auch Studierenden erwartet wird, sich ehrenamtlich zu engagieren und unentgeltlich Arbeit für die Gesellschaft zu leisten. Dies geschieht alles in einem Kontext, in dem Deutschland durch einen demographischen Wandel einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften erlebt, was die Notwendigkeit betont, in die Ausbildung und Unterstützung der Studierenden zu investieren, um die Zukunft der Arbeitswelt zu sichern. Investitionen in die Bildung sind Zukunftsinvestitionen mit massiver Rendite.

Quellen:

- (1) Vgl. bspw. 22. Sozialerhebung.
- (2) der-paritaetische.de/alle-meldungen/armut-im-studium-30-prozent-aller-studierenden-leben-in-armut
- (3) Vgl. hochschulbildungsreport.de/2021/chancengerechte_bildung
- (4) Krempkow, R., 2022, Gleiche Chancen für alle? Konzeption und Ergebnisse eines Migrationsbildungstrichters, Frankfurt
- (5) fzs.de/2024/01/18/stellungnahme-bafoeg29-bmbf/
- (6) fzs.de/2023/07/04/bafoeg-reformieren-und-inflationsfest-machen/
- (7) fzs.de/2023/04/16/stellungnahme-zum-programm-junges-wohnen/
- (8) Vgl. moses-mendelssohn-institut.de/aktuelles/WiSe2023

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Fay Uhlmann,
Sascha Wellmann,
Niklas Röpke,
Katrin Greiner